

Stand: 20.11.06

KERNPUNKTE

Ziel des Grünbuchs: Das Grünbuch soll die Zusammenarbeit von öffentlichem und privatem Sektor im Bereich der Sicherheit verbessern, um den Mitgliedstaaten die Auswahl der besten auf dem Markt vorhandenen Ausrüstung zum niedrigst möglichen Preis zu ermöglichen.

Betroffene: Sicherheitsbehörden und -dienste, Technologieunternehmen der Sicherheitsbranche.

INHALT

Titel

Grünbuch über **Detektionstechnologien** und ihre Anwendung durch Strafverfolgungs-, Zoll- und andere Sicherheitsbehörden; KOM(2006) 474 endgültig vom 1. September 2006

Kurzdarstellung

- ▶ Im Grünbuch beschäftigt sich die Kommission mit den Technologien zur Gefahrenabwehr. Es ist Teil der Umsetzung der im [Haager Programm](#) enthaltenen politischen Vorgaben der Union für den Bereich Justiz und Inneres.
- ▶ Die Kommission stellt einen hohen, und in Zukunft weiter steigenden, Bedarf des öffentlichen Sektors an Detektionstechnologien (Sprengstoff- und Metalldetektoren, Raumüberwachungssysteme, Biometrie etc.) im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität fest.
- ▶ Als besonders gravierend wird von der Kommission eingeschätzt, dass die nationalen Technologien derzeit nicht oder nur wenig miteinander kommunizieren können und den verschiedenen nationalen Systemen die Kompatibilität fehlt.
- ▶ Die Kommission fordert, dass die zukünftigen Systeme eine reibungslose grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste ermöglichen sollen und den Anforderungen des Datenschutzes entsprechen müssen.
- ▶ Bei der Entwicklung neuer Technologien sollen die Ressourcen effektiver genutzt werden, insbesondere soll Doppelaufwand in der Forschung verhindert werden. Dies soll auch in Bereichen gelten, in denen die Forschung von den Unternehmen selbst finanziert wird. Dazu wird ein Dialog zwischen öffentlichem und privatem Sektor vorgeschlagen, in dem
 - der öffentliche Sektor seinen Bedarf definiert und der Wirtschaft mitteilt und
 - die Unternehmen den öffentlichen Sektor darüber informieren, welches Angebot bereits verfügbar ist und an welchen Projekten derzeit geforscht wird.
- ▶ Normungen und Standardisierungen sind voranzutreiben und vorrangig zu behandeln.
- ▶ Die Einführung eines EU-weiten Systems zur Zertifizierung und Bewertung hochwertiger Produkte wird angeregt. Für jeden Interessenten soll nachvollziehbar werden, welche Produkte und Systeme am besten für den jeweiligen Zweck geeignet sind und welche Produkte zumindest gewissen Mindestanforderungen genügen.
- ▶ Studien zu folgenden Themen sollen in Auftrag gegeben werden:
 - Technologie und Sicherheit von Großveranstaltungen,
 - Hindernisse bei der Kooperation und beim Informationsaustausch zwischen kriminaltechnischen Labors und Instituten für die Sicherheitsforschung,
 - Rechtsvorschriften für die Verwendung bestimmter Detektionstechnologien,
 - Einsatz bestimmter Detektionstechnologien in der Praxis,
 - Rechtsvorschriften für den Einsatz von Personendetektionssystemen (einschließlich Personenüberwachung) in der EU sowie
 - Akzeptanz der Personendetektion (einschließlich Personenüberwachung und Einsatz von Biometrie) in der EU.

Subsidiarität und dargelegter Bedarf für EU-Handeln

Um den Herausforderungen durch den international agierenden Terrorismus zu begegnen, ist nach Ansicht der Kommission eine sachgerechte Sicherheitspolitik ebenso wichtig wie die Ausstattung der Sicherheitskräfte mit modernster Technologie. Die Ausstattung der nationalen Sicherheitskräfte sollte auch eine grenzüberschreitende Kommunikation und Zusammenarbeit ermöglichen. Unter diesem Aspekt hält die Kommission EU-Handeln für angemessen.

Position der EU-Organe

Europäische Kommission

Nach Ansicht der Kommission ist ein öffentlich-privater Sicherheitsdialog auf europäischer Ebene unerlässlich, „um Investitionen gezielter in den Bereichen Normung und Standardisierung, Forschung, Zertifizierung und Interoperabilität von Detektionssystemen einsetzen“ zu können. Dadurch soll ein EU-weit einheitliches und hohes Schutzniveau erreicht werden. Die öffentlich-private Sicherheitspartnerschaft soll zudem „einen fortgeschrittenen Markt für zertifizierte Detektionstechnologien [fördern], der ein breiteres und kostengünstigeres Angebot an Waren und Dienstleistungen, mehr Effizienz und einen besseren Schutz der Privatsphäre“ gewährleistet.

Ausschuss der Regionen

Offen.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Offen.

Europäisches Parlament

Offen.

Rat „Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres“

Offen.

Politischer Kontext

Mit Blick auf die benötigte Ausrüstung, zum Beispiel für die Gepäcküberprüfung an Flughäfen oder Personenüberprüfungen an den Außengrenzen des Schengen-Raumes, und deren Erforschung beriefen die EU-Kommissionsmitglieder Busquin (Forschung) und Liikanen (Unternehmen und Informationsgesellschaft) im Oktober 2003 eine „Gruppe von Persönlichkeiten“ ein, deren Aufgabe es war, Prinzipien und Prioritäten eines Europäischen Programms für Sicherheitsforschung vorzuschlagen.

Die Gruppe legte am 15. März 2004 ihren [Bericht](#) „Forschen für die Sicherheit Europas“ vor, in dem die wesentlichen Elemente des Europäischen Programms für Sicherheitsforschung (EPSF) enthalten waren. Dazu gehörten unter anderem die Einsetzung eines „Europäischen Sicherheitsforschungs-Beirats (ESRAB)“ sowie die Forderung an die EU, Forschungsmittel in Höhe von 1 Mrd. Euro ab Januar 2007 zur Verfügung zu stellen. Der ESRAB wurde im April 2005 eingesetzt und stellte weitergehende Forderungen, um eine europäische Sicherheitstechnologie zu fördern.

Im November 2005 führte die Kommission schließlich eine Konferenz zum Thema „Öffentlich-privater Sicherheitsdialog: Detektionstechnologien und ihre Anwendung im Kampf gegen den Terrorismus“ durch. Das Grünbuch resultiert aus den Erkenntnissen dieser Konferenz und den dort erhobenen Forderungen, die ihrerseits auf den Erkenntnissen des ESRAB beruhen.

Ergebnis der Konsultation

Offen. Ende der Konsultation: 10. Januar 2007

Politische Einflussmöglichkeiten

Zuständige Generaldirektion:

GD Justiz, Freiheit und Sicherheit

Konsultationsverfahren:

Das Verfahren endet am 10. Januar 2007;

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_public_en.htm